

**Niederschrift**  
**Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, Verwaltungs-**  
**und Parlamentsreform**  
**DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**  
**DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 16.11.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstraße 11

---

**Anwesend sind:**

Herr Aab, Peter  
Herr Faecks, Fridhelm  
Herr Flohrschütz, Rainer  
Herr Metz, Peter  
Herr Rehlich, Jürgen  
Frau Schlüter-Böhm, Julia                      vertreten durch Frau Loth-Halilovic, Erika (ab TOP 3)  
Frau Sell, Sonja  
Herr Usinger, Alexander

Für den Magistrat:      OB Egon Vaupel

Für die Verwaltung:    Herr Hofmann (Fachbereich Zentrale Dienste) für das Protokoll

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Protokoll:**

**TOP 1      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2005**

Gegen die Niederschrift bestehen keine Einwände; sie ist damit genehmigt.

**TOP 2      Antrag der CDU-Fraktion betr. Flächendeckende Einrichtung von Ortsbeiräten**

**Vorlage: VO/0607/2005**

Herr Rehlich erläutert den Antrag für die antragstellende Fraktion. Unter Hinweis auf den kürzlich für den Stadtteil Richtsberg erfolgten Beschluss zur Einrichtung eines Ortsbeirates fordert er eine entsprechende Gleichbehandlung für die gesamte Kernstadt.

An der regen Diskussion beteiligen sich neben dem Oberbürgermeister alle Ausschussmitglieder.

Im wesentlichen wird gegen den CDU-Antrag eingewandt, dass gegen den Willen der Stadtteilgemeinden keine „Zwangsortsbeiräte“ flächendeckend eingeführt werden sollten. Zudem habe die Diskussion über die Einrichtung von Ortsbeiräten in den Stadtteilgemeinden jetzt erst begonnen. Im Rahmen der Diskussion wird

auch das Spannungsfeld aufgezeigt, in dessen Rahmen sich die Wahrnehmung der Aufgaben der Ortsbeiräte bewegt.

Der Oberbürgermeister verweist weiter darauf, dass der Antrag für die ab dem 01.04.2006 beginnende Wahlzeit zeitlich nicht mehr umzusetzen sei. So erfordere die Veränderung der Hauptsatzung wegen der Festlegung der einzelnen Ortsbezirksgrenzen einen höheren Aufwand. Ebenso sei es nicht möglich, Wahlvorschläge bis spätestens zum 19. Januar 2006 dann noch vorzulegen.

Anschließend stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Bei zwei Ja-Stimmen der Stadtverordneten der CDU-Fraktion wird der Antrag mit den Nein-Stimmen der Fraktionen der SPD, ML und der BFM abgelehnt.

Die Aussprache wurde angemeldet.

**TOP 3     Anhebung der Kreisumlage ab 2006 durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**  
**Vorlage: VO/0649/2005**

Der Oberbürgermeister verweist zunächst auf das vorgesehene gemeinsame Vorgehen aller betroffenen Sonderstatusstädte, die ihre Haltung über den Hessischen Städtetag koordinieren und abstimmen würden. Der jetzt bereits vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf sehe eine Kürzung des Ermäßigungssatzes für die Kreisumlagegrundlagen der Sonderstatusstädte von 50 % auf 43,5 % vor und werde begründet mit der Änderung der Auftragsverwaltung bei der Durchführung der Sozialhilfe, die im hiesigen Landkreis mit der Einrichtung des Kreisjobcenters (KJC) ihren Ausdruck gefunden habe. Verbunden mit der Reduktion des Ermäßigungssatzes um 6,5 % sei eine unzumutbare Belastung der Sonderstatusstädte, die insgesamt 12,1 Millionen Euro betrage. Allerdings würden von diesen 12,1 Millionen Euro lediglich 7,4 Millionen Euro bei den 7 Kreisen mit Sonderstatusstädten verbleiben, während 4,7 Millionen Euro aufgrund der Umverteilung der Schlüsselzuweisung an die anderen 14 Landkreise gingen. Inzwischen werde für 2006 eine Übergangsregelung diskutiert, nach der die Sonderstatusstädte verpflichtet seien, in 2006 lediglich die Beiträge an „ihre“ Landkreise aufzubringen, während dann ab dem 1. Januar 2007 die volle Umlage zu zahlen sei. Für Marburg ergibt sich nach den Worten des Oberbürgermeisters eine finanzielle Mehrbelastung von jährlich 2,04 Millionen Euro. Für die Übergangslösung habe man rund 990.000 Euro errechnet.

Abschließend wird unter Hinweis auf die Berechnungen des Hessischen Städtetages über die Entlastungen einerseits und über die Kostenbelastung für die Leistungen, die die Stadt Marburg als Sonderstatusstadt andererseits anstelle des Kreises erbringt, festgestellt, dass im Ergebnis nach wie vor eine Belastung von rund 13 Millionen Euro bei der Stadt verbleibt.

Nachdem der Oberbürgermeister auf Wunsch des Stadtverordneten Rehlich im ersten Satz unter Punkt 8 des Beschlusstextes das Wort „massiv“ zurücknimmt, stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem so geänderten Antrag zuzustimmen.

**TOP 4    Verschiedenes**

- a) Herr Stadtverordneter Rehlich bittet darum, die Einladungen für den Ausschuss auch an die Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Frau Oppermann, zu senden.
- b) Der Ausschussvorsitzende, Herr Faecks, informiert den Ausschuss darüber, dass in der nächsten Sitzung Herr Landrat Robert Fischbach über den Verein Region MitteHessen referieren werde. Er werde zudem versuchen, dem Ausschuss weitere Informationen über das „Regiogeld“ zugänglich zu machen.
- c) Der Oberbürgermeister unterrichtet den Ausschuss darüber, dass zeitgleich mit dem Finanzausschuss am Dienstag, 22. November 2005, 17 Uhr, eine nichtöffentliche Tagung der Oberbürgermeister und Bürgermeister der Region Mittelhessen im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung stattfinden wird. Dazu seien auch die Ausschussmitglieder eingeladen.

**Marburg, 21. November 2005**

**Vorsitzender:**

**Protokoll:**

**Fridhelm Faecks  
Stadtverordneter**

**Helmut Hofmann**